



Titel Duale Berufsausbildung fit für die Zukunft machen

AntragstellerInnen Baden-Württemberg

Zur Weiterleitung an

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

Duale Berufsausbildung fit für die Zukunft machen

1 Es gibt Berufsausbildungen in vielen verschiedenen Bereichen der Arbeitswelt wie beispielsweise in wirt-
2 schaftlichen, technischen oder informationstechnologischen Bereichen. Beispiele für die vielfältige Auswahl
3 an Berufsausbildungen sind die beruflichen Ausbildungen zum*r Drogisten*in, Industriemechaniker*in, Fach-
4 informatiker*in, Bäcker*in, Altenpfleger*in u.v.m. Unser berufliches Ausbildungssystem bietet also viel-
5 seitige Möglichkeiten zum Einstieg in das Berufsleben. Auch seltene Berufe wie die des*der Milchtechno-
6 log*in, Firschwirtes*in oder Hörgerätakustikers*in können durch unser duales Berufsausbildungssystem
7 erlernt werden.

8 Alle 327 in Deutschland anerkannten Ausbildungsberufe stehen vor großen Herausforderungen. Mehr junge
9 Menschen ziehen ein Studium einer Ausbildung vor, weniger Betriebe bilden selbst aus und die duale Ausbil-
10 dung wird weiter akademisiert. Auf der anderen Seite haben auch Auszubildende berechnete Forderungen,
11 sie wünschen sich beispielsweise qualifiziertes Ausbildungspersonal, eine faire Ausbildungsvergütung und fle-
12 xible Ausbildungszeiten. Ebenso bringen die Veränderungen im Arbeitsleben durch die Digitalisierung neue
13 Herausforderungen für eine gute Ausbildung mit sich.

14 Wir Jusos haben deshalb Forderungen, wie die Qualität der Ausbildung verbessert werden, wie duale Studien-
15 gänge als betriebliche Ausbildung anerkannt werden sollen und wie das duale System der Berufsausbildung
16 in Deutschland eine stärkere gesellschaftliche Akzeptanz und Wahrnehmung erhält.

17

18 **Zukunftsorientiertes Ausbildungspersonal**

19 Einer der wichtigsten Aspekte innerhalb der Ausbildung ist die Zukunftsorientierung. Viele Auszubildende ler-
20 nen im Rahmen ihrer betrieblichen Ausbildung an Maschinen aus dem letzten Jahrtausend. Neben der fehlen-
21 den technischen Ausstattung sind auch AusbilderInnen nicht immer ausreichend qualifiziert. In den Betrieben
22 muss das Ausbildungspersonal auf die Inhalte vorbereiten, die die Auszubildenden für einen zukunftsorien-
23 tierten Abschluss benötigen. Nur dadurch kann sichergestellt werden, dass wir in 2030 noch Fachkräfte für die
24 anfallende Arbeit haben.

25 Wir fordern daher:

- 26 • Die AusbilderInnen müssen sich in den Betrieben mit Angeboten über die Kammern und die Sozial-
27 partner konsequent weiterbilden, um auf die Herausforderungen der Zukunft vorbereitet zu sein.

28 **Moderne und kostenfreie Ausbildungsmittel**

29 Gute Bildung darf nicht vom eigenen Einkommen abhängen. Daher ist in den Landesverfassungen die
30 Lehrmittelfreiheit für Berufsschulen geregelt. Weiterhin regelt das Berufsbildungsgesetz die Kostenübernah-
31 me von Lehrmitteln durch die Auszubildenden. In Schulen werden häufig nur veraltete Bücher angeboten, und
32 in Betrieben werden bei Weitem nicht alle benötigten Ausbildungsmittel bereitgestellt. Dual Studierende und
33 Auszubildende müssen daher große Summen für Bücher oder Skripte aufwenden, um effektiv am Unterricht
34 teilzunehmen.

35 Wir fordern daher:

- 36 • Wir fordern die Bereitstellung der für die Berufsausbildung nötigen Lehrbücher und Fachliteratur durch
37 die berufsbildende Schule.

38 **Faire Zeiten für eine qualifizierte Ausbildung**

39 Auszubildende besuchen zum erfolgreichen Erreichen des Ausbildungsziels die Berufsschule. Dafür müssen
40 sie vom Arbeitgeber freigestellt werden. Im Jugendarbeitsschutzgesetz ist die Anerkennung der Berufsschul-
41 zeit als Ausbildungszeit geregelt, wenn die Schule mindestens 5 Schulstunden dauert. Das Gesetz gilt allerdings
42 nur für minderjährige Auszubildende. Außerdem ermöglicht es Ausbildungsbetrieben einen Gestaltungsspiel-
43 raum, wodurch manche Auszubildende die Berufsschule in ihrer Freizeit besuchen müssen.

44 Wir fordern daher:

- 45 • Es muss gesetzlich sichergestellt werden: Berufsschulzeit ist Ausbildungszeit. Die Zeiten sind für uns
46 dabei unter anderem: Wegezeiten, Schulunterricht und Pausen in der Berufsschule.
- 47 • Alle Auszubildenden müssen bei den Zeiten der schulischen Ausbildung gleichgestellt werden. Dazu
48 sollen die Zeiten der schulischen Ausbildung für alle Auszubildende, unabhängig vom Alter, voll auf die
49 Ausbildungszeit angerechnet werden.
- 50 • Für alle Auszubildenden müssen die Zeiten der schulischen Ausbildung, unabhängig von der Bestim-
51 mung der regelmäßigen Lage der Ausbildung durch Auszubildende, voll auf die Ausbildungszeit ange-
52 rechnet werden.

53 Über die Inhalte in diesen Zeiten in der Berufsschule und über die absolvierte betriebliche Ausbildung werden
54 Nachweise geführt. Bisher ist das Führen der Ausbildungsnachweise, gemeinhin als Berichtsheft bezeichnet, in
55 den einzelnen Ausbildungsordnungen geregelt. Da jede Ausbildungsordnung in Deutschland unterschiedlich
56 ist, sind auch die Regelungen zu Ausbildungsnachweisen verschieden. In den Mustern für Ausbildungsordnun-
57 gen sind Hinweise enthalten, dass ein Ausbildungsnachweis zu führen ist. Die Nachweise sind für Auszubilden-
58 de allerdings nicht weitreichend genug, um damit ihre absolvierte Berufsausbildung nachzuweisen.

59 Wir fordern daher:

- 60 • Eine einheitliche Aufnahme der Ausbildungsnachweise in das Berufsbildungsgesetz beziehungsweise
61 in die Handwerksordnung. Dort ist mit der eindeutigen Formulierung einerseits die Form klarzu-
62 stellen, andererseits muss dadurch geregelt werden, dass sie während der Ausbildungszeit zu erstellen
63 sind.

64 **Ausbildende sind Auszubildende – Verpflichtende Qualifikation für Ausbildungspersonal**

65 AusbilderInnen in Deutschland müssen für diese Tätigkeit geeignet sein. Im Berufsbildungsgesetz (BBiG) und
66 in der Handwerksordnung (HWO) sind daher Anforderungen an das Ausbildungspersonal geregelt. Es ist vor-
67 geschrieben, dass AusbilderInnen persönlich, fachlich und arbeitspädagogisch geeignet sein müssen. Es fehlt
68 bisher eine gesetzliche Definition dazu, wie die arbeitspädagogische Eignung aussieht und wie diese nachge-
69 wiesen wird. Weiterhin gibt es keine Regelung zur Betreuungsquote zwischen Auszubildenden und Auszubilden-
70 den. Nur mit klaren Vorgaben kann eine gute Ausbildung sichergestellt werden.

71 Wir fordern deshalb:

- 72 • Verpflichtende arbeitspädagogische Unterweisungen für Ausbildungspersonal, unabhängig davon, ob
73 haupt- oder nebenberufliche ausgebildet wird. Für nebenberufliche AusbilderInnen muss ein „klei-
74 nerer AdA-Schein“ geschaffen werden.
- 75 • Einen festen Schlüssel zwischen Auszubildenden und Auszubildenden, um eine gute Qualifikation von
76 Auszubildenden sicherzustellen. Die genaue Quote soll vom Hauptausschuss des Bundesinstituts für
77 Berufsbildung nach Ausbildungsberuf festgelegt werden, in welchem ArbeitgeberInnen, Gewerkschaf-
78 ten, Bund und Land gleichermaßen vertreten sind. Die Überwachung der ausreichenden Betreuung
79 ist Aufgabe der Kammern. Diese müssen hierzu das nötige Personal stellen, welches wiederum durch
80 die Berufsausbildungsausschüsse überwacht wird.

81 **Gute Ausbildung braucht klare Regeln**

82 In Gesundheits- und Pflegeberufen haben wir einen großen Fachkräftemangel. Eine Besserstellung dieser Aus-
83 bildungsberufe und eine damit verbundene Aufwertung und Qualitätsverbesserung sowie Vereinheitlichung
84 der Regelungen würde die Attraktivität dieser Berufszweige wieder deutlich erhöhen. In einer Gesellschaft mit
85 einem größer werdenden Dienstleistungssektor und zunehmenden Anzahl an älteren Menschen ist das für
86 uns nur konsequent.

87 Wir fordern deshalb:

- 88 • Die Gesundheits- und Pflegeberufe ins Berufsbildungsgesetz aufzunehmen.
- 89 • Derzeit sind in vielen dieser Berufe der praktische und theoretische Teil voneinander getrennt, sodass
90 es Übergangsmodelle geben muss, die das duale Ausbildungssystem nach und nach etablieren.

91 In Deutschland werden viele und vor allem sehr unterschiedliche Formen von praxisnahen Studiengängen
92 als „duales Studium“ bezeichnet. Junge Menschen, die ein duales Studium beginnen, haben unterschiedliche
93 Zeiten an denen sie an der Hochschule studieren und Zeiten, in denen sie in Betrieben und Einrichtungen
94 praxisnahe Erfahrungen sammeln können. Bei manchen dieser Kooperationen sind die Studierenden gleich-
95 zeitig Auszubildende, die am Ende einen Ausbildungsabschluss und einen Studienabschluss erlangen. Es feh-
96 len allerdings einheitliche Regelungen zu diesen Formen der Kooperation zwischen Hochschule, Betrieb und
97 Berufsschule und gesetzliche Regelungen zum Status der jungen Menschen.

98 Wir fordern deshalb:

- 99 • Im Berufsbildungsgesetz/In der Handwerksordnung muss der Status von dual Studierenden geregelt
100 werden. Nur dadurch erhalten diese jungen Menschen denselben Anspruch auf Lernmittel und quali-
101 fiziertes Ausbildungspersonal.
- 102 • In der Kultusministerkonferenz müssen sich die unterschiedlichen Länder auf klare Eckpunkte für ein
103 duales Studium einigen. Es muss sichergestellt werden, dass in unterschiedlichen Bundesländern die
104 gleichen Inhalte im gleichen Studiengang bearbeitet werden, und Verknüpfungen zwischen Theorie
105 und Praxis im dualen Studium stattfinden. Nur dadurch kann das duale Studium denselben Vorbild-
106 charakter wie das System der dualen Berufsausbildung einnehmen.

107 **Ausbildung als Einstiegsperspektive**

108 Viele junge Menschen fühlen sich nach dem Abitur dazu gezwungen, ein Studium zu beginnen. Das liegt vor
109 allem an den Befürchtungen späterer Einbußen in der beruflichen Karriere. Außerdem fehlt in der Gesellschaft
110 eine Akzeptanz für die Aufnahme einer Ausbildung nach dem Abitur. Daher muss vor allem bei Schulen damit
111 begonnen werden, wieder stärker über die vielfältigen Möglichkeiten der dualen Ausbildung in Deutschland
112 zu informieren.

113 Im Studium wechseln Studierende häufig das Studienfach, ohne sich über die Möglichkeiten einer (dualen)
114 Ausbildung nach dem Abbruch des Studiums zu informieren. Während die Durchlässigkeit nach einer Ausbil-
115 dung ein Studium aufzunehmen vorhanden ist, fehlen klare Möglichkeiten in der anderen Richtung. Viele Ab-
116 brecherInnen eines Studiums vermissen einen praktischen Anteil, welcher bei der Ausbildung vorhanden ist.
117 Studierende, die über einen Abbruch nachdenken, müssen deshalb gezielt Informationen zu Ausbildungsgän-
118 gen und den dortigen Einstiegsmöglichkeiten erhalten. Das kann durch eine klare Informationspolitik an den
119 Universitäten und Hochschulen sichergestellt werden.

120 Wir fordern deshalb:

- 121 • Klare Kommunikationskonzepte für Schulen. Neben dem jährlichen Studieninformationstag an Gymna-
122 sien muss es einen Ausbildungsinformationstag geben. An diesem sollen SchülerInnen einen Überblick
123 über Ausbildungsberufe und mögliche Fortbildungen und spätere Arbeitsmöglichkeiten erhalten.
- 124 • Kooperationen zwischen Zentralen Studienberatungen und Ausbildungsbörsen der Bundesagentur für
125 Arbeit. Die Studienberatungen müssen sich öffnen und klarer benennen, welche Möglichkeiten eine
126 Ausbildung in Deutschland bietet. An Hochschulen mit besonders vielen StudienabbrecherInnen soll
127 die Bundesagentur für Arbeit gesonderte Informationsangebote bereitstellen.

128 Auch junge Menschen mit Beeinträchtigungen haben eine Chance verdient und damit ein Anrecht auf einen
129 Anstieg in die Berufsausbildung. Für Beschäftigte gibt es in der Sozialgesetzgebung klare Regelungen, um Ar-

130 beitsplätze mit Menschen mit Beeinträchtigungen zu besetzen. Diese verpflichtenden Regelungen gelten al-
131 lerdings nicht für die Berufsausbildung. Für uns ist die Berufsausbildung der Einstieg in den ersten Arbeits-
132 markt. Um inklusive Ansätze in der beruflichen Bildung zu verbessern, muss hierzu die gesetzliche Lage ver-
133 bessert werden.

134 Wir fordern deshalb:

135 • Eine Quote für Inklusionsstellen in der Berufsausbildung. Diese Quote soll sich an der für Beschäftigte
136 orientieren.

137 • Gleichzeitig muss die Ausgleichsabgabe so erhöht werden, dass zu wenige Auszubildende mit Beein-
138 trächtigungen mit einer erhöhten Abgabe belegt sind. Dadurch soll die Ausbildung schwerbehinderter
139 Menschen gefördert werden.

140 Nur mit diesen Forderungen kann die duale Berufsausbildung in Deutschland offen für alle sein, eine hohe
141 Qualität sicherstellen und fit für die Zukunft gemacht werden.